

## ● NEWS

### RED-Berichtsentwurf: Technologieoffenheit und Bürokratieabbau

Nachdem die Europäische Kommission im Rahmen ihres Fit-for-55-Pakets einen Vorschlag zur [Revision der Erneuerbare-Energien-Richtlinie](#) (RED III) vorgelegt hatte, präsentierte nun der Berichterstatter des Parlaments, Markus Pieper (EVP), seinen Entwurf. Der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe plädiert dafür, den **Ausbau der Erneuerbaren technologieneutral zu gestalten und Übergangslösungen** zuzulassen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Instrumente kritisiert er als "halbherzig und wenig kreativ".

Dabei unterstützt Pieper den Plan der Kommission, das **Zwischenziel bis 2030 von bislang 32 auf 40 Prozent Anteil erneuerbarer Energien** am Gesamtverbrauch zu erhöhen. Dies sei zwar sehr ambitioniert, aber erreichbar und werde zu einer stärkeren **Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen** führen, was sich wiederum positiv auf die Energiepreise auswirken werde, sagte Pieper am Mittwoch vor Journalisten. Der Abgeordnete begrüßt auch die Einführung **spezifischer Sektorziele für Verkehr, Gebäude und Industrie**, die einen wichtigen Orientierungsrahmen für die Dekarbonisierung der einzelnen Bereiche darstellen könnten.

Das verbindliche Ziel von 50 Prozent grünem Wasserstoff in der Industrie sei jedoch bis 2030 kaum zu erreichen, da sich die Kommission dabei selbst im Weg stehe. So seien etwa die **geplanten Auflagen für die Wasserstoffproduktion zu streng** ([Europe.Table berichtete](#)). Für die Übergangszeit müsse deshalb auch der **Einsatz sogenannter low-carbon fuels** (insbesondere blauer Wasserstoff) berücksichtigt werden. Auch das Zwischenziel von **49 Prozent Erneuerbarer im Gebäudesektor sei sehr anspruchsvoll**. Pieper schlägt vor, neben der Elektrifizierung auch die stärkere Nutzung grüner Fernwärme sowie die [Einbindung erneuerbarer Gase \(Beimischung von Wasserstoff\) ins bestehende Gasnetz](#) in den Fokus zu nehmen.

Hingegen sei das Ziel im Verkehrssektor zu gering und solle von 13 auf 20 Prozent heraufgesetzt werden. Dies könne durch **höhere Quoten für synthetische Kraftstoffe**

erreicht werden. „Das wären echte Signale für Technologieoffenheit, die auch nur schwer zu elektrifizierenden Wirtschafts- und Verkehrsbereiche Optionen eröffnen“, so Pieper.

## Kritik an den Instrumenten

Daneben kritisierte der Abgeordnete auch den von der Kommission vorgesehenen Weg zum Ausbau der Erneuerbaren in Teilen scharf. „Die vorgeschlagenen Instrumente sind halbherzig. Will man Synergien des Binnenmarktes nutzen, bedarf es **mehr grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte** für grünen Strom und Wasserstoff.“ Pieper schlägt deshalb eine Verdopplung von einem auf zwei Projekte je Mitgliedsland vor. Zudem sollen dem Entwurf zufolge alle Mitgliedsstaaten, die einen jährlichen Stromverbrauch von über 100 TWh haben (darunter Deutschland, Spanien und Frankreich) bis 2025 ein drittes Projekt beschließen.

Auch die Vorschläge zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren seien zu vage. Bei Konflikten mit dem Artenschutz müsse künftig der **Populationsansatz, nicht aber der Schutz jedes einzelnen Individuums im Vordergrund** stehen. Der Entwurf sieht außerdem vor, **Innovationsquoten beim Ausbau der Erneuerbaren** in die Richtlinie mit aufzunehmen. Damit will Pieper die Förderung vielversprechender Technologien, wie etwa schwimmende Windturbinen, vorantreiben.

Die Einführung eines **neuen und digitalen Systems für Herkunftsnachweise** soll überdies die Bürokratie verringern und mehr kleinen und mittelständischen Unternehmen Zugang zum Markt der Erneuerbaren eröffnen. Dennoch rechnet der Berichterstatter mit einer deutlich begrenzten Verfügbarkeit eigener Ressourcen in der EU und schlägt deshalb die **Aufnahme einer Importstrategie für Grünstrom und grünen Wasserstoff** vor. In diesem Rahmen sollen die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, Maßnahmen zur Umsetzung dieser Strategie in ihren nationalen Energieplänen festzuschreiben.

Am 3. März will Pieper seinen Bericht im Industrieausschuss vorstellen. Dann haben die Abgeordneten knapp zwei Wochen Zeit, ihre Änderungsanträge einzureichen. Mitte Juli soll der Ausschuss und im September das Plenum des EU-Parlaments über die gemeinsame Position abstimmen. *til*